

Parteien und Gewerkschaften in vergleichender Perspektive

Prof. Dr. Klaus von Beyme, geb. 1934 in Saarau/Schlesien, studierte nach einer Verlagsbuchhändlerlehre Politologie, Soziologie und Geschichte in Heidelberg, München, Paris und Moskau. Seit 1967 Professor für Politikwissenschaft in Tübingen, seit 1974 in Heidelberg. Veröffentlichungen u. a.: „Interessengruppen in der Demokratie“ (1969), „Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa“ (1970), „Die politischen Theorien der Gegenwart“ (1972).

1. Typologie des Verhältnisses von Parteien und Gewerkschaften

In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben sich trotz früher Koordinationsversuche der organisatorischen Zusammenschlüsse der Arbeiterklasse sehr verschiedene Kooperationsformen zwischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften entwickelt. Bis heute wirkt die Genesis von Parteien und Gewerkschaften auf dieses Verhältnis in den verschiedenen Ländern ein. Drei Typen haben sich in Europa herausgebildet:

— Die Arbeiterpartei entstand aus gewerkschaftlichen Initiativen zur Durchsetzung parlamentarischer Repräsentation (z. B. England, Norwegen).

— Die Gründung der Gewerkschaften wurde ideologisch und personell nicht unwesentlich von der Partei getragen (Deutschland).

— Fragmentierte gewerkschaftliche Gruppen hielten sich von parteipolitischen Kämpfen fern. Gelegentlich entwickelten sie sogar ein starkes Mißtrauen gegen zentralisierte gewerkschaftliche Organisationen und haben sich erst spät mit verschiedenen politischen Parteien liiert — die in den Anfängen des organisierten Parteiwesens geringe Kontinuität im Vergleich zur SPD oder der britischen *Labourparty* aufwiesen (die romanischen Länder, vor allem Frankreich, Italien, Spanien)¹).

Materialistische Versuche einer Erklärung dieser Ausdifferenzierung von Organisationsformen haben gelegentlich die Priorität der Gewerkschaften vor

*) Zu den historischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung: H. Mommsen: Arbeiterbewegung. In Sowjet-system und Demokratische Gesellschaft. Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 273—313; F. Deppe: Gewerkschaften. Ebda. Bd. 2, 1968, Sp. 1030—1060.

der Arbeiterpartei aus dem frühen Zeitpunkt der Industrialisierung und dem Stand der Produktivkräfte hergeleitet. Mit Recht für England, mit weniger Recht für einige skandinavischen Länder. Eine ebenso große Rolle spielten jedoch kulturell-ideologische Traditionen. Obwohl vor allem *Engels* anerkannte, „Also mit Trades Unions etc. muß es anfangen, wenn's Massenbewegung sein soll . . .“²⁾, haben *Marx* und *Engels* immer den Primat des politischen Kampfes betont, und zwar für alle europäischen Länder. Gleichwohl hat sich ihre Ansicht weder in England noch in den romanischen Ländern durchgesetzt, sondern nur in den mitteleuropäischen Ländern, deren „politische Kultur“ stärker vom dialektischen Denken der Schulen von *Hegel* und *Marx* durchdrungen war. In England paktierten die Gewerkschaften zunächst mit den Liberalen auf politischer Ebene und waren lange von einem allen fundamentalen Veränderungsideologien feindlichen Pragmatismus geprägt. In den romanischen Ländern andererseits drangen anarchistische und syndikalistische Theorien bis tief in die entstehenden sozialistischen Parteien ein.

Als erklärende Variable, welche ökonomische und ideologische Ursachen ergänzt, muß jedoch der Zustand des politischen Systems zur Zeit, als sich die Arbeiterbewegung zu formieren begann, hinzugezogen werden. Priorität der Parteien in den aktiven Klassenkämpfen und im Gefolge auch eine ideologische Betonung des Primats der Partei finden sich vor allem in den Ländern, in denen starke autokratische Elemente die bürgerliche Demokratisierungsbewegung hemmten, wie in Deutschland und vor allem in Rußland. Es ist schwerlich ein Zufall, daß — trotz des Einflusses anarchistischer Gedanken auch in Rußland — gerade dort der Primat der Partei am stärksten von den *Bolschewiki* betont wurde. Umgekehrt war die Neigung zu unrevolutionärem Pragmatismus in den nordeuropäischen Monarchien am stärksten, wo die bürgerliche Demokratisierungs- und Parlamentarisierungsbewegung die größten legalen Betätigungsmöglichkeiten auch für die Organisationen der Arbeiterklasse zu bieten schien.

In den Ländern des *ersten Typs* ist bis heute die organisatorische Verflechtung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften am stärksten. Äußerlich spiegelt sich die genetische und heute nicht notwendigerweise mehr die politische Priorität der Gewerkschaften in den kollektiven Mitgliedschaften von Gewerkschaftsmitgliedern in der Arbeiterpartei wieder. Für die fünfziger Jahre machten sie z. T. die Mehrheit der Mitglieder aus³⁾:

Englische Labourparty	87,2 %
Schwedische Sozialdemokratie	61,3 %
Norwegische Arbeiterpartei	34,3 %
Indische Sozialistische Partei	17 %

2) MEW, Bd. 37, S. 353.

3) Vgl. K. v. Beyme: Interessengruppen in der Demokratie. München 1971, S. 131.

Inzwischen haben die kollektiven Mitgliedschaften in allen Ländern mit wachsendem Politisierungsgrad der Arbeiterschaft abnehmende Tendenz. Repressionsversuche bürgerlicher Mehrheiten gegen die Arbeiterparteien richteten sich nicht selten gegen diese organisatorischen Allianzen zwischen Gewerkschaften und Partei. In England etwa nutzten die Konservativen 1927 ihren Wahlsieg in kurzfristiger Weise durch die Verabschiedung des „Trade Dispute Acts“ aus, in der nicht nur der Generalstreik — wie er 1926 praktiziert wurde — verboten wurde, sondern auch den Mitgliedern von Gewerkschaften ein System aufgezungen wurde, das auf die politische Apathie der Arbeiter spekulierte. Während früher (seit dem *Trade Union Act* von 1913) jeder Arbeiter, der nicht auch Mitglied der Labourparty sein wollte, eine schriftliche Ausschlußerklärung abgeben konnte (*contracting-out*), wurde nun — bis zur Abschaffung der Regelung durch die Labourregierung von 1945 — verlangt, daß jeder Arbeiter ausdrücklich seine Bereitschaft erklären mußte, Beiträge an die Labourparty fließen zu lassen (*contracting-in*)⁴.

Paradoxerweise verdankt selbst die wachsende Bedeutung der Kommunistischen Partei in England dem gewerkschaftlichen Element viel. Die *shop Stewards* — soweit sie sich zu einer grundsätzlichen Opposition gegen das System durchdrangen — haben durch die Einsicht in die Notwendigkeit eines überbetrieblichen Zusammenschlusses viel zum Wachstum der Partei beigetragen, obwohl sie in ihren Loyalitäten zwischen der sie wählenden Basis und den Gewerkschaften, denen sie in der Regel angehören, unter Umständen sogar in einen Dreieckloyalitätenkonflikt kommen konnten⁵.

In diesem ersten Typ enger Verflechtung von Partei und Gewerkschaften durch kollektive Parteimitgliedschaften institutionalisierte sich die Zusammenarbeit am stärksten. In Norwegen und Schweden gab es ein Kooperationskomitee für diese Arbeit, das jedoch in Schweden 1955 zugunsten informellerer Kontakte abgelöst wurde, um den Anschein stärkerer Verbandsneutralität zu schaffen⁶.

Wenn nicht religiöse Differenzen die Gewerkschaftsbewegung stark fragmentierten wie in den Niederlanden oder in der Schweiz, hat im *zweiten mitteleuropäischen Typ* sich ein enges Zusammenspiel von Partei und Gewerkschaften herausgebildet, wobei die „sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft“ unter starkem Einfluß der Partei überwog (Deutschland, Österreich). Während der „englische Typ“ mit starker Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation verbunden war, ist in Deutschland selbst vor der Einheitsgewerkschaft die sozial-

4) Dokumente in: G. H. L. Le May: *British Government 1914—1963. Select Documents*. London 1964, S. 37 f., 102, vgl. auch: H. Pelling: *The Origins of the Labour Party*. Oxford 1965, S. 61 ff.
Ein neuerer deutscher Beitrag: H. Setzer: *Wahlssysteme und Parteientwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832 bis 1948*. Frankfurt 1973, S. 156 ff.

5) Vgl. dazu: D. Albers u. a.: *Klassenkämpfe in Westeuropa, England, Frankreich, Italien*. Reinbek 1971, S. 282; R. Küda: *Arbeiterkontrolle in Großbritannien*. Frankfurt 1970, S. 72 ff.

6) N. Elvander: *Interesseorganisationerna i dagens Sverige*. Lund 1966, S. 247.

demokratische Führung unbestritten gewesen, die christlichen Gewerkschaften (1906: 320 248 Mitglieder) und die liberal orientierten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (1906: 456 038 Mitglieder) spielten im Vergleich zu den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften eine Nebenrolle.

Im *dritten Typ*, der in den romanischen Ländern überwog, waren schon früh sowohl die Gewerkschaften als auch die sozialistischen politischen Gruppen stark zersplittert. Ein interessanter Ausnahmefall außerhalb Europas ist Israel mit einem stark fragmentierten Spektrum linker Parteien und einer einheitlichen Gewerkschaft, der *Hisdadrut*, in der jedoch die Arbeiterpartei (früher *Mapai*) eine Art hegemoniale Stellung besitzt. Gleichwohl haben die Wahlen zu den repräsentativen Gremien der *Hisdadrut* gelegentlich den Charakter einer Art Vorwahl und eines Meinungsbildes für die folgenden Parlamentswahlen zur *Knesseth* erlangt⁷).

In der Regel wird diese doppelte Fragmentierung — wie sie in Frankreich, Italien und in der 2. Republik als Koalitionsfreiheit herrschte, auch in Spanien — als einer der Gründe für die Schwäche der Kampfkraft der Arbeiterklasse angesehen⁸). Die größten Gewerkschaften in beiden Ländern (CGT in Frankreich und CGIL in Italien) sind kommunistisch orientiert und arbeiten auch mit der jeweils größten linken Partei (und zweitgrößten Partei im Parteienspektrum) zusammen. Die zweitgrößten Gewerkschaften (CGDT in Frankreich und CISL in Italien) sind katholisch orientiert. Dies darf nicht den Blick dafür verstellen, daß auch in den Ländern des ersten und zweiten Typs ein Viertel bis ein Drittel der Arbeiterklasse politisch konservativ orientiert ist und konservativ oder klerikal wählt⁹), aber dieses Faktum wird nicht so offenbar durch die Organisationen der Arbeiter selbst wie in den romanischen Ländern. Die sozialistisch-sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften (in Frankreich die CGT-FO und in Italien die UIL, die den Sozialdemokraten und Republikanern nahesteht) nehmen etwa den dritten Platz ein. Die Parteien stellen vor allem in Italien die Führungsorgane der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften aber hatten durchaus auch einen gewissen Einfluß auf die Richtlinien der Parteipolitik. Die Abhängigkeit von den Parteien ergab sich in Italien vor allem aus der Geschichte des gescheiterten Versuches einer Einheitsgewerkschaft. Die CGIL war nach dem Krieg — und den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes ähnlich wie in Deutschland — als Einheitsgewerkschaft konzipiert worden. Die Übermacht der Kommunisten war jedoch von Anfang an stark¹⁰). Durch geschickte Taktik von Män-

7) S. N. Eisenstadt: *Israeli Society*. London 1967, S. 338 ff. et passim.

8) R. Zariski: *Italy. The Politics of Uneven Development*. Hinsdale/Ill. 1972, S. 208.

9) z. B. für England: A. H. Birch u. a.: *Parties politiques et classes sociales en Angleterre*. *Revue française de science politique*. 1955 (772—798), S. 796. B. Hindess: *The Decline of Working Class Politics*. London 1971, S. 20 ff.

10) Auf dem Kongreß der CGIL in Florenz im Juni 1947 hatten die Parteien folgende Stimmenanteile: Kommunisten (PCI) 57%, Sozialisten (PSI) 22,6%, Christdemokraten (DC) 13,4%, Sozialdemokraten (PSLI) 2,2%, Republikaner (PRI) 2,2%. J. Meynaud: *Rapporto sulla classe dirigente italiana*. Mailand 1966, S. 109.

nen wie *di Vittorio* wurde diese Übermacht 1948 politisch ausgebaut, jedoch um den Preis der Spaltung und der starken Anlehnungsbedürftigkeit der einzelnen parteiorientierten Gewerkschaften an „ihre“ Partei, die CGIL nicht ausgeschlossen, die erst in neuerer Zeit stärkere Selbständigkeitstendenzen zeigten¹¹⁾. Daraus ist voreilig der Schluß gezogen worden, daß eine Gewerkschaft ihre Ausdehnungsmöglichkeiten beschneidet, wenn sie unter kommunistischen Einfluß gerät¹²⁾, was bisher allenfalls für die unmittelbare Nachkriegszeit Gültigkeit hatte, als christdemokratische Elemente mit wesentlich fortschrittlicheren Ideen, als sie sie in der Regel heute vertreten, noch eine stärkere Stellung in der Arbeiterschaft der romanischen Länder hatten. Immerhin ist selbst in Frankreich die CGT von fast 5 Millionen Mitgliedern 1936 auf ca. 1,5 Millionen Mitglieder heute zurückgegangen, was jedoch nicht ganz eindeutig wie im italienischen Falle auf die Versuche der Kommunisten zurückgeführt wird, ihre Machtstellung in der Gewerkschaft auszudehnen¹³⁾.

Die allzu enge Bindung der Gewerkschaften an die Parteien wurde von den Gewerkschaften zunehmend als Übel erkannt. Zwei Gegenmaßnahmen wurden in den Ländern des dritten Typs versucht:

— Beseitigung der politischen Fragmentierung durch Zusammenschluß der Gewerkschaften. Intensiver als in Frankreich waren die Bemühungen in Italien, wo es immerhin ein kurzlebiges Experiment mit einer einheitlichen CGIL gegeben hatte. Seit dem „heißen Herbst“ 1969 ist die Kooperation mit wachsender Politisierung des Bewußtseins der Arbeiterschaft besser geworden. Schon zur Abwehr der spontaneistischen Gruppen wurden die Gewerkschaftsapparate zu größerer Kooperation bei der Herausgabe von Zeitungen und der Organisation von Forschungs- und Bildungsarbeit gezwungen, aber alle Einigungsverhandlungen sind bisher gescheitert.

— Eine Lockerung der Bindungen zu den jeweiligen Parteien war eine kurzfristig erfolgreichere Maßnahme der Gewerkschaften, die durch die Aufnahme radikaler Forderungen begünstigt wurde, da die soziale Unruhe sich rascher in den Gewerkschaften als in den Parteien bemerkbar machte. Selbst die konservativeren Gewerkschaften wie die christliche Gewerkschaft ACLI hat ihre Bande zur *Democrazia cristiana* auf einem Kongreß 1969 soweit gelockert, daß sie ihren Mitgliedern die Stimmabgabe bei den Wahlen freistellte, und die CISL hat im Juli 1969 eine Unvereinbarkeit von Führungsstellen in der Gewerkschaft und einem Parlamentssitz oder Gemeinderatsmandat beschlossen¹⁴⁾.

Neosyndikalistische Theorien vertraten dabei in Frankreich und Italien den Primat der Gewerkschaft, weil sie im Neokapitalismus „viel mehr als die Partei

11) D. L. M. Blackmer: *Unity in Diversity. Italian Communism and the Communist World*. Cambridge/Mass. 1968, S. 409, M. E. Neufeld: *Italv. School for Awakening Countries. The Italian Labor Movement in its political social and economic setting from 1800 to 1960*. Ithaca 1961, S. 457. 12) Zariski, a. a. O., S. 210.

13) Vgl. L. G. Noonan: *France: The Politics of Continuity and Change*. New York 1970, S. 304 f.

14) Vgl. K. v. Beyme: *Das politische System Italiens*, Stuttgart 1970, S. 116.

der Katalysator und der Ort der Bildung des Klassenbewußtseins" sei¹⁵). Gelegentlich wurde jedoch die Forderung nach stärkerer Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Parteien auch als „bürgerliche Ideologie" angegriffen, weil die Kapitalisten von „ihrer Partei" (z. B. der DC) weitgehend unabhängig seien und daher von den Arbeitern ähnliches verlangten, um sie zu vereinzeln und von ihren politischen Organisationen abzuspalten¹⁶).

2. Determinanten der Konfliktfähigkeit von Gewerkschaften gegenüber den Parteien

Der Funktionswandel der Gewerkschaften im Zeichen einer stärkeren Repolitisierung nach dem Ende der Schönwetterperiode in der Wiederaufbauphase Westeuropas hat die alte Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Parteien zunehmend fragwürdig gemacht¹⁷). Eine vergleichende Untersuchung muß die Frage aufwerfen, welches sind die bisherigen Erfahrungen über Determinanten zur Stärkung der Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften?

(1) Ob die Einheitsgewerkschaft konfliktfördernd oder konfliktthemmend wirkt, läßt sich an Hand des deutschen Falles nicht verallgemeinern. Einerseits wird dem Pluralismus von parteiorientierten Gewerkschaften stimulierende Funktion nachgesagt, andererseits hat die Fragmentierung den Aktionsradius eher eingeschränkt¹⁸). Nicht selten haben vor allem die großen kommunistischen Gewerkschaften sich an Streiks nur beteiligt, wenn ihnen die Führung der Kampfaktionen sicher war. Die vergleichsweise quietistische Entwicklung der deutschen Nachkriegsgewerkschaften¹⁹) kann nicht primär aus der Einheitsgewerkschaft und ihrer Interaktionsweise mit der SPD deduziert werden. Andere singuläre Faktoren, wie starke Umverteilungskapazität in der Nachkriegszeit, Exportorientierung der deutschen Wirtschaft, die Entwicklung eines Antikommunismus in der westlichen Landeshälfte, der mit dem in anderen westeuropäischen Ländern kaum zu vergleichen war, und zahlreiche integrative Institutionen (von der Mitbestimmung bis zur konzertierten Aktion) sind ebenso sehr mitursächlich für die geringe Konflikthäufigkeit in der BRD geworden.

(2) Vergleichend wird man auch sagen müssen, daß die Stellung der Arbeiterpartei im Parteiensystem eine wichtige Determinante ist. Während der Primat der Partei theoretisch der Entpolitisierung stärker entgegenwirken könnte als rein syndikalistische Konzeptionen, geht die Partei unter bestimmten Umständen dieser Möglichkeit verlustig, vor allem wenn sie nicht wie im dritten Typ des linken Parteien- und Gewerkschaftspluralismus einer linken Konkurrenz ausge-

15) A. Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. Frankfurt 1970, S. 19.

16) Quaderni Rossi: Die Arbeiterbewegung und die Autonomie des Klassenkampfes. In: Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi. Frankfurt 1972 (114—148), S. 115. 17) Vgl. E. Meyer: Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften. Frankfurt 1973, S. 14. 18) E. Schmidt: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt 1971, S. 200. 19) Zahlen zur Konflikthäufigkeit in einigen westeuropäischen Ländern in: O. Jacobi u. a.: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '73. Frankfurt 1973, S. 275.

setzt ist wie dort selbst die großen kommunistischen Kaderparteien Moskauer Linie, die ständig mit linkssozialistischen, trotzkistischen und maoistischen Splittergruppen zu kämpfen haben und die zwar auch in Italien und Frankreich kaum kontinuierliche Bedeutung entwickeln, aber doch als Stimulus für eine entschiedeneren Vertretung der Forderungen der Arbeiter dienen können. Auch von diesen Erwägungen her ist die Fünfprozentklausel für die Innovationsfähigkeit des Systems in der BRD und die Vierprozentklausel in Schweden ein Nachteil, weil sie die Partei- und Gewerkschaftsführungen in falscher Sicherheit wiegen.

(3) Ein funktionales Äquivalent dieser Absicherung der Partei im zweiten Typ gegen linke Konkurrenz ist die Privilegierung der Sozialdemokratischen Parteien im ersten Kooperationsstyp durch kollektive Mitgliedschaften. Zunächst hatten vor allem die konservativen Gruppen Gegenpropaganda und Repressionen gegen diese organisatorische Stärkung der Arbeiterparteien eingesetzt. Solange nur diese Konfliktlinie existierte, konnten die Sozialdemokratischen Parteien diese Begünstigung als Kompensation ihrer schwachen finanziellen Rolle gegenüber dem Kapital rechtfertigen. In neuerer Zeit kamen aber die kollektiven Mitgliedschaften in England und Skandinavien unter ideologischen Beschuß von links, vor allem in Schweden²⁰⁾, weil die Arbeiterparteien damit ihre hegemoniale Stellung gegenüber kleineren sozialistischen und kommunistischen Parteien ausbauen konnten.

(4) Die personelle Verflechtung von Gewerkschaften und Parteien in der politischen Führung ist bis heute am stärksten im ersten Typ des Kooperationsverhältnisses von Partei und Gewerkschaft. Mitte der sechziger Jahre waren im britischen Parlament 138, im deutschen Bundestag nur 46 Gewerkschafter vertreten²¹⁾. Hingegen ist die Zahl der Gewerkschafter im dritten Typ auf Grund der fragmentierten Parteistruktur deutlich noch niedriger als im zweiten Typ den die BRD repräsentiert²²⁾.

(5) Die finanzielle Bedeutung der Gewerkschaften für die Parteien war ebenfalls im ersten Typ am größten, im zweiten Typ — vor allem in der BRD auf Grund des Ausbaus staatlicher Wahlkampffinanzierung und der Notwendigkeit für die Einheitsgewerkschaft, sich offener Wahlkampfhilfe fernzuhalten — vergleichsweise am geringsten.

(6) Selbst bei zunehmender Lockerung der Bande zwischen Parteien und Gewerkschaften sind jedoch in allen westeuropäischen Ländern — unabhängig vom Typ der Kooperation zwischen Parteien und Gewerkschaften — Integrationsinstrumente errichtet worden, denen auch die Gewerkschaften, die sie anfangs

20) Elvander, *Increaseorganisationerna*, a. a. O., S. 249.

21) A. Ranney: *Pathways to Parliament*. London 1965, S. 223; K. v. Beyme: *Die politische Elite in der BRD*. München 1971, S. 46.

22) Zahlen bei: J. La Palombara: *Interest Groups in Italian Politics*. Princeton 1964, S. 227.

ablehnten, sich auf die Dauer meistens nicht entziehen²³), von der lockeren Form der Konsultation von Verbänden durch die Regierung in der schwedischen „Harpund-Demokratie“ und der deutschen konzertierten Aktion über Lohn- und Preis-Kommissionen und andere Lenkungsinstrumente der Lohnpolitik (Österreich, Niederlande) bis zu Sozial- und Wirtschaftsräten (Frankreich, Niederlande, Italien).

Prognosen über die Zukunft lassen sich aus der bisherigen Entwicklung des Verhältnisses von Parteien und Gewerkschaften in Westeuropa kaum ableiten. Die künftige Entwicklung wird von den Erfolgen der Wiederbelebung anderer Kampfformen der Arbeiter jenseits der etablierten Arbeiterparteien und Gewerkschaften abhängen. Räteorganisationen waren jedoch bisher dort vergleichsweise am erfolgreichsten, wo die Gewerkschaften nur der korporativ verbrämte Arm der Staatsmacht sind wie in Spanien. Dort haben die *Comisiones obreras* jedoch auch noch eine andere Stoßrichtung, nämlich die Befreiung von der Bevormundung der überalterten Kader der Exilparteien und Exilgewerkschaften²⁴). Ob sie diese kreative antibürokratische Rolle spielen können, wenn legale Parteien und Gewerkschaften in Spanien wieder arbeiten können, bleibt abzuwarten. Die Erfolge aller multifunktionalen Rätestrukturen in Zeiten einer latenten (wie in Spanien) oder manifesten Doppelherrschaft (wie vom Frühjahr bis Oktober 1917 in Rußland) sind bisher noch nicht als Beweis für ihr Funktionieren unter Bedingungen eines gewandelten Systems brauchbar. Die Arbeiterdelegierten in Italien haben hingegen wesentlich regionale und betriebsisolierte Bedeutung erlangen können. Es wurde gelegentlich vor übertriebenem Vertrauen auf den Innovationswillen und das Demokratisierungspotential der Gewerkschaften gewarnt. Das Warten auf die dritte Säule der Arbeiterbewegung, die Rätebewegung, dürfte jedoch solange illusorisch sein, als sich sozialistische Parteien und Gewerkschaften nicht auf dem Boden eines sozialistischen Pluralismus finden, für welchen das Rätemodell allenfalls — aber nicht notwendigerweise — das organisatorische Gerüst ergibt. Dabei lassen territoriale und funktionale Repräsentation sich so vereinen, daß sie nicht die alte schematische Arbeitsteilung von Parteien und Gewerkschaften reproduzieren, die für die meisten heutigen kapitalistischen Staaten kennzeichnend ist.

23) Vgl. J. E. S. Hayward, *Private Interests and Public Policy. The Experience of the French Economic and Social Council*. London 1966, S. 104. 24) Vgl. K. T. Beyme: *Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien*. München 1971, S. 99 f.